

Hannover, 1. Februar 2018



Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen

Beschäftigte zahlen hohen Preis für öffentlich-rechtliche Nord/LB

Lob und Kritik formuliert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Niedersachsen am Kabinettsbeschluss in Sachen Nord/LB. Es sei gut, dass sich Sparkassen und Landesregierung für den Weg des Erhalts als öffentlich-rechtliche Bank entschieden haben. Allerdings müssten die Beschäftigten dafür einen hohen Preis zahlen: „Dass noch mehr Personal abgebaut werden soll, als bislang geplant, ist ein Schlag in die Magengegend der Beschäftigten“, so Landesleiter Detlef Ahting. ver.di erwarte jetzt einen Strukturtarifvertrag, der den Abbau auf ein unvermeidliches Maß begrenzt, sozial verträgliche Wege beschreibt und betriebsbedingte Kündigungen ausschließt.

Jörg Reinbrecht, bei ver.di Landesfachbereichsleiter für den Bereich Banken, fordert zudem für die Zukunft nun endlich mehr Mitspracherecht ein: „Wie das alles im Detail umgesetzt wird, wissen wir nicht. Das muss in Zukunft anders sein, wir können diese Bank doch nur gemeinsam zukunftssicher aufstellen.“ ver.di habe eine andere Vorstellung von Mitbestimmung und werde diese in Zukunft noch mehr als bislang anmahnen. „Die Beschäftigten dürfen nicht diejenigen sein, die für Fehler im Management und Politik den Kopf hinhalten müssen“, so Reinbrecht.

PRESSEINFORMATION

V.i.S.d.P.: Matthias Büschking
Pressesprecher
ver.di-Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen
Goseriede 10
30159 Hannover

Tel.: 0511/12400-105
Fax: 0511/12400-107
Mobil: 0170/7812412
E-Mail: matthias.bueschking@verdi.de
www.verdi-niedersachsen-bremen.de